

# Thurgau bricht als erster Kanton mit dem Frühfranzösisch

Der Bund 14. 8. 14

Der Entscheid alarmiert Nationalräte aus dem Mitte-links-Lager. Sie wollen das Sprachengesetz ändern.

Anja Burri

Seit Monaten streiten Eltern, Lehrkräfte und Politiker über den Fremdsprachenunterricht. Der Kompromiss der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), wonach in der dritten und der fünften Primarklasse je eine Fremdsprache eingeführt wird, ist umstritten. Kinder und Lehrkräfte seien überfordert, die Kantone stellten zu wenige Mittel bereit, um den anspruchsvollen Unterricht zu finanzieren, sagen die Kritiker. Nun schert der Kanton Thurgau als Erster aus: Der Grosse Rat beschloss gestern, den obligatorischen Französischunterricht aus dem Lehrplan der Primarschule zu streichen. Die Kinder lernen künftig bis Ende der sechsten Klasse nur noch Englisch.

Der überparteiliche Vorstoss, den die ehemalige SVP-Kantonsrätin und heutigen Nationalrätin Verena Herzog mit fünf anderen Parlamentariern lanciert hatte, fand quer durch alle Parteien Unterstützung - am wenigsten bei der Linken. Der Thurgauer Lehrerverband war ebenfalls dafür. Und zwar aus «pädagogischen Gründen», wie Präsidentin Anne Varenne sagt. Die Fünft- und Sechstklässler müssten im Thurgau in bloss zwei Lektionen pro Woche Französisch lernen. «Da sieht man fast keinen Lernerfolg», sagt sie. Die Wochenstunden fürs Französisch, die auf der Primarstufe wegfallen, müssten für den Französischunterricht auf der Sekundarstufe verwendet werden. So sei gewährleistet, dass die Schüler nach der neunten Klasse gleich gut Französisch sprächen wie Kinder in anderen Kantonen. Die Thurgauer Regierung hatte vor dem Schritt gewarnt: Die Kinder des Kantons würden gegenüber den Kindern in der übrigen Schweiz benachteiligt.

## Verschiedene Vorstösse hängig

In der Restschweiz schreckte der Thurgauer Entscheid die Politiker auf. «Es geht um den Zusammenhalt unseres viersprachigen Landes», sagt Christoph Eymann, EDK-Präsident und basel-städtischer Erziehungsdirektor. Selbstverständlich respektiere er die kantonale Hoheit in Bildungsfragen. «Wir sind uns in der Deutschschweiz aber zu wenig bewusst, wie die Befindlichkeiten in der Romandie sind», sagt er. Im September werde die EDK eine Zwischenbilanz zum Fremdsprachenunterricht ziehen.

In verschiedenen Kantonsparlamenten sind Vorstösse hängig, um die zweite Fremdsprache aus der Primarschule zu verbannen. In Graubünden und Nidwalden sind Volksinitiativen zustande gekommen, die verlangen, dass nur noch eine Fremdsprache obligatorisch ist. In Luzern werden Unterschriften für eine ähnliche Initiative gesammelt; in St. Gallen soll die Sammlung bald starten.



«Fast kein Lernerfolg»: Die zweite Fremdsprache in der Primarschule ist gefährdet. Foto: Gaetan Bally (Keystone)

An der Jahrestagung der EDK im Oktober könnten wenn nötig Beschlüsse gefasst werden, sagt Eymann. Er hofft, dass sich die Kantone selber einigen. Gelingt dies bis zum Sommer 2015 nicht, droht die Einmischung des Bundes: Durch das Konkordat zur Schulharmonisierung, den Bildungsartikel in der Verfassung und das Sprachengesetz des Bundes sind die Kantone zu einer einheitlichen Fremdsprachenstrategie verpflichtet. Bundesrat Alain Berset hat bereits angekündigt, er werde es nicht tolerieren, dass Kinder in der Primarschule nur noch Englisch lernten.

Seine Partei, die SP, hat das gleiche Ziel: «Die Sprachenfrage muss jetzt auf Bundesebene gelöst werden», sagt der Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer. In der Herbstsession werde man

Vorstösse einreichen, um das Sprachengesetz so zu verändern, dass Primarschüler obligatorisch eine zweite Landessprache lernen müssten. Auch in der Bildungskommission (WBK) ist der Fremdsprachenunterricht ein Thema. Ob sich die WBK zu einem gemeinsamen Vorstoss durchringen kann, ist offen. Bei den Grünen und der CVP kann die SP auf Unterstützung zählen. Für Aline Trede (Grüne, BE) ist es «wichtig, dass jeder eine zweite Landessprache lernt». Die Angriffe aufs Frühfranzösisch verbreiterten den Röstigraben. Auch Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL) wäre einverstanden mit einem Sprachengesetz, das eine zweite Landessprache in der Primarschule vorschreibt. «Es kann nicht sein, dass Deutschschweizer und Romands

miteinander Englisch sprechen müssen», sagt sie.

Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP, BE) kann diesen Argumenten nichts abgewinnen: Der nationale Zusammenhalt hänge nicht bloss von den Sprachen ab. Er will den Kantonen nicht reinreden, «solange am Ende der obligatorischen Schulzeit alle Kinder eine zweite Landessprache gelernt haben». Dieses Ziel ist auch für die Thurgauer SVP-Nationalrätin Verena Herzog wichtig. Die Aufregung um den nationalen Zusammenhalt könne sie nicht verstehen. «Die Westschweizer sind noch weniger motiviert, Deutsch zu lernen, als die Deutschschweizer Französisch», heisst es in der Begründung ihres Vorstosses. Deshalb werde meist Englisch miteinander kommuniziert.